

HELMUT BOCK

## Erbe und Tradition. Zum geschichtlichen Denken in der PDS

Immer droht dem Nachdenken über Geschichte die Gefahr geistiger Selbstausslieferung an betriebsame »Traditionsmacher«: Geschäftsführer rein politischer Staats- und Parteiinteressen, die ihre »Traditionen« aus der Geschichte herleiten – zumeist durch willkürliche Selektion, Deutung, Aktualisierung. Mit anderen Worten: Es gibt subjektive Vorgänge, bei denen vergangene Ereignisse, Ideen und Taten gemäß aktueller Strategien und Taktiken rezipiert, durch die jeweils herrschende und parteigemäße »Traditionspflege« passend gemacht werden.

Von Wert ist dagegen ein anderes: arbeiten mit dem Begriff »historisches Erbe«. Das bezieht sich zunächst auf alles, was objektiv in der Geschichte existiert und – wie auch immer – als Wirkungskraft einen Einfluß auf den Gang der Völker und der Menschheit gewonnen, was die Zeitgenossen wie die Nachgeborenen in ihren Handlungen und Erinnerungen geprägt hat. Der objektivierende Begriff des historischen Erbes ist geeignet, Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus den vergangenen Bedingungen und Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch historisch-konkrete Reproduktion ins Gedächtnis zu rufen. Eine solche Analyse und Erklärungsweise, die allen Praktiken widerstrebt, der Geschichte aktuelle Wünsche und Interessen aufzupropfen, sollte Methode unseres wissenschaftlich begründeten Erinnerens sein: der Inanspruchnahme von »Erbe« als »Tradition«. Die Differenzierung beider Begriffe aber ist eine Prämisse meiner folgenden Erwägungen.

Das Kolloquium steht unter dem Titel »Traditionen und Programmatik der PDS«. Würde dieser Auftrag verleiten, das geschichtliche Selbstverständnis der Partei ausschließlich unter dem Leitbegriff der »Traditionen« zu diskutieren, so wäre dies problematisch. Man käme leicht in die Gefangenschaft überkommener Traditionen, von denen Marx sagte, daß sie »wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden« lasten.<sup>1</sup> Er hat zu seiner Zeit Traditionen, die der Emanzipation der Arbeitenden widersprachen, mit Ironie zurückgewiesen. Für unsere Zeit und Debatte hier nun ein Beispiel. Im anregenden Exposé von Jochen Černý lesen wir in der »Bestandsaufnahme«, es sei wichtig zu prüfen: »Was in *dieser KPD/SED-Tradition, die in der PDS bis auf weiteres dominiert*, und was darüber hinaus im DDR-Erbe könnte sich eine moderne linkssozialistische Partei zunutze machen?«<sup>2</sup>

Eine produktive Frage – deren Erläuterung mir allerdings fraglich erscheint. Produktiv ist das Bestreben, die »KPD/SED-Tradition«

Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil., Historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät. Der nebenstehende Text wurde auf dem Kolloquium der Historischen Kommission »Traditionen und Programmatik der PDS« am 12. Januar 2002 in Berlin vorgetragen.

1 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 8, S. 115.

2 Jochen Černý: Zur Vorbereitung einer Diskussion über Tradition und Programmatik der PDS (Hervorhg. – HB).

nicht en bloc zu verwerfen, vielmehr nach Maßgabe historischer Analyse und Kritik zu prüfen, um sodann progressive Leistungen und Werte aufzuheben. Als fragwürdig hingegen erscheint eine Akzeptanz der »KPD/SED-Tradition«, der zufolge gesagt wird, daß sie »in der PDS bis auf weiteres dominiert«. Muß das so sein? Mehr noch: Darf historische Rezeption in einer Tradition gefangen bleiben, die den Aufgaben und Zielen einer »modernen linkssozialistischen Partei« entgegensteht? Kann eine solche Partei ihr eigenes Wesen überhaupt richtig begreifen, solange in ihren Reihen eine »KPD/SED-Tradition bis auf weiteres dominiert«, die doch zweifellos staatsmonopolistische, sogar stalinistische Elemente enthält? Jochen Černý warnt vor Unterschätzung dieser Tradition, rät selbst aber zur »Abgrenzung«.

Wir haben es mit einem Problem von methodologisch-politischer Bedeutung zu tun. Das Nachdenken über die genannte Tradition erfolgt im Exposé unter dem Aspekt ihres einstweiligen Fortlebens, also ihrer »Kontinuität«. Ich würde das Problem und auch unsere gemeinsame Arbeit anders formulieren: Es sollte nicht bloß um »Kontinuität« gehen, sondern um »Kontinuität und Diskontinuität« unseres Verhältnisses zu überkommenen Traditionen. Zuspitzend und methodologisch ausgedrückt: Im Geschichtsdenken der PDS muß ein »Bruch«, muß die »Neubesinnung auf Erbe und Tradition« gewagt werden.

Weitlings programmatischer Titel »Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte« (1838) könnte als Motto unseres Bemühens anregend sein. Denn die Bestimmung des Verhältnisses der PDS zum historischen Erbe und die Auswahl, Interpretation, Erhebung von Erbgut zur politischen Tradition und Traditionspflege ist dem Selbstverständnis in Gegenwart und Zukunft verhaftet.

Die aktuellen Bedingungen sind schnell umrissen. Die PDS existiert in einer bürgerlichen Gesellschaft unter liberalistischen Institutionen des Staats und des Rechts, wobei die Strukturen und die Interessen des großen Kapitals vorherrschen. Dieses bürgerlich-kapitalistische System untersteht noch den historisch gewachsenen Gegebenheiten des Nationalstaats, der sich aber im Übergang zum Regionalstaat Europa befindet, wo die Nationalstaaten ihren herkömmlichen und alleingültigen Zentralismus mehr und mehr einbüßen werden. Aber auch die Institutionen der EU sind bislang nur liberalistisch, nicht demokratisch konstituiert.

In diesen Zuständen und Entwicklungen der Gegenwart vertritt die PDS eine gesellschaftspolitische Alternative, die sich erstrangig an den Lebensinteressen des arbeitenden Volkes orientiert. Ihre grundsätzlich *oppositionelle* Stellung zum herrschenden Gesamtsystem enthält Elemente der Defensive, der Offensive und der Partizipation, das heißt der Teilnahme an Regierungstätigkeit. Die Defensive gilt den neo-liberalistischen, neuerdings auch staatspolizeilichen Angriffen auf demokratische Rechte des Bonner Grundgesetzes und auf die Errungenschaften des sogenannten Sozialstaats. Die Offensive, das Wirken für Wandel, für reformatorische Verbesserung und Erneuerung, ist gegen die wachsende Dominanz neo-liberalistischer Interessen und entsprechend verfaßter Institutionen gerichtet. Die

Regierungsteilnahme kann zwischen Defensive und Offensive vermitteln, wobei sie versucht, das gesellschaftliche Leben gemäß den real-demokratischen Volksinteressen zu gestalten. »Volkswohlfahrt« und »Volkssouveränität« dürften die aus der bürgerlichen Revolutionsgeschichte erwachsenen allgemeinen Begriffe und Richtwerte sein, an denen sich die Zielstellungen der PDS messen lassen. Konkrete Aufgaben müßten sowohl lokal und national als auch regional, das heißt sowohl für Deutschland als auch für die Föderation Europa formuliert und wahrgenommen werden.

Was ergibt sich aus alledem für das Verhältnis der PDS zum historischen Erbe und zur Tradition? – Aus der Gesamtheit des Erbes möchte ich zunächst diejenigen Elemente hervorheben, die für das Selbstverständnis der PDS unabdingbar sind, folglich zu ihrer Tradition erhoben sein müssen. Dabei setze ich die einleitend begonnene Logik der Auseinandersetzung mit der »KPD/SED-Tradition« fort.

*Antistalinismus* ist die oberste Prämisse einer Partei demokratischen und humanistischen Charakters, die wahrhaft sozialistische Ziele verfolgt. Der Notwendigkeit historisch-kritischer Analyse und Interpretation von Stalinismus und Post-Stalinismus einerseits, entspricht andererseits die Erhebung von Gestalten, die als Kommunisten und Sozialisten für eine Emanzipation der arbeitenden Klassen eintraten, aber die stalinistischen Strukturen und Praktiken als Verrat an den ursprünglichen Ideen des Sozialismus bewußt machten und bekämpften. Solche Gestalten und Strömungen verdienen eine Aufnahme in die PDS-Tradition um so mehr, als sie oft unter staatspolizeilichem Terror zugrunde gingen. Das Erbgut des kommunistischen und sozialistischen Antistalinismus, seine Würdigung als Tradition, offenbart wohl am deutlichsten, daß die PDS mit einem wesentlichen Bestandteil der »KPD/SED-Tradition« brechen muß.

*Antifaschismus* ist ein zweites unabweisbares, daher traditionsfähiges Erbe. Doch als demokratische Partei kann die PDS den Antifaschismus der KPD und SED nicht einfach übernehmen und fortführen. Wohl ist der radikale Begriff des »Bruchs« hier nicht zutreffend. Der Widerstandskampf der Kommunisten und die antifaschistisch-demokratischen Aktivitäten nach 1945 sind der Traditionspflege sehr wertvoll. Doch das Geschichtsdenken der PDS steht – wie schon gesagt – unter dem Gebot historisch-konkreter, zugleich kritischer Analyse und Erklärungsweise des Erbes, wozu das Anerkenntnis gehört, daß der gelebte Antifaschismus sowohl von Kommunisten als auch von Sozialdemokraten, Liberalen, Konservativen, Juden, Christen u. a. m. verkörpert wurde. Antifaschismus, wie ihn KPD und SED einengend begriffen, muß im Traditionsverständnis der PDS wesentlich erweitert, also präzisiert werden.

Ein ebenfalls tragendes Element, das die Tradition der PDS mit KPD und SED verbindet, ist der *Antiimperialismus*. Auch hier aber bedarf die Traditionsauffassung einer Präzisierung. Die internationalen Verhältnisse befinden sich in weltgeschichtlicher Wandlung. Ursprünglich ging der Imperialismus von nationalen Staaten aus, die ihr Territorium erweitern, benachbarte Ländereien annektieren, Kolonien und Einflußsphären erobern wollten. Ultima ratio war nationale, wenn auch in Blöcken verbundene Militärgewalt, die in zwei Weltkriegen kulminierte. Heute beobachten analytisch arbeitende

Wirtschaftswissenschaftler eine Expansion des internationalen Finanzkapitals: Sie unterscheiden zwischen Imperialismus und Globalismus. WHO, IWF, Weltbank, die reichen G-7-Staaten treten mit der Losung »Frieden durch freien Welthandel« auf, verpflichten aber die geförderten Staatsregierungen der sogenannten Dritten Welt zur Übernahme neo-liberalistischer Institutionen, Eigentumsrechte, Marktbeziehungen, so daß historisch entwickelte Produktions- und Austauschweisen mitsamt sozialem Leben vernichtet werden. Auch die Ultima ratio der Militärgewalt operiert heute anders. Das supranationale Paktsystem der NATO praktiziert den strategischen Anspruch »Frieden durch militärische Intervention«.

Angesichts solcher Weltlage müßte die PDS ihre traditionell anti-imperialistische Position neu und anders bestimmen, als es zu anderen Zeiten von KPD und SED geschah. Was Globalisierung betrifft, so wird bloße Negation des weltweiten Vorgangs nicht helfen. Vielmehr sind kritische Analyse, kontrollierende Diskurse, alternative Regelungen gefragt, die dem Diktat der Finanzmonopole und der G-7-Staaten eine Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsordnung entgegenstellen. In Fragen der Militärgewalt, überhaupt der Rüstungen, des Waffenhandels, der permanenten Kriegsdrohung und Kriege agiert die PDS als *Antikriegspartei*, die sich zu friedlichen Konfliktlösungen und zum Pazifismus bekennt. Die Alternativposition gegenüber der Art und Weise der Globalisierung und den Interventionen der NATO erfordert breiteste Bündnispartnerschaft mit allen geeigneten Sozialbewegungen und Friedenskräften. Kraft dieser Intention wird die PDS auch ihr Verhalten zum historischen Erbe verändern. Sie wird beispielsweise Pazifismus und Pazifisten, Religionen und friedliebende Glaubensgemeinschaften, auch kooperative Non-Government-Organisations nicht sektiererisch abweisen, wie es in KPD und SED überwiegend geschah.

Unter den Generalia bleibt schließlich noch eine Streitfrage: *Anti-kapitalismus* oder *Kapitalismus-Kritik*? KPD und SED waren anti-kapitalistische Parteien. Ihr Versuch, gegen die kapitalistische Weltordnung des Profits, der Ausbeutung und der Kriege eine Alternative zu errichten, müßte für heutige Sozialisten und Kommunisten noch immer ein Erbe von Wert sein: wohl Gegenstand konkreter Analyse und historischer Kritik, jedoch ebenso legitim wie gescheiterte, aber gerechtfertigte Revolutionen. In der aktuellen Situation ist die PDS gegenüber der SPD eine »linkssozialistische Partei«, die freilich nur Reformen anstrebt – nach traditionellem, abschätzigem Vokabular der »KPD/SED-Tradition« eine »reformistische« Partei. Im geistigen Umgang mit der früheren Geschichte müßte sie aber sowohl das »sozial-revolutionäre Erbe« (Babeuf, Marx, Oktoberrevolution und Bolschewiki, Liebknecht und Luxemburg) wie auch das »sozial-reformatorische Erbe« (sogenannte Utopische Sozialisten, Lassalle, Bernstein, Kautski, russische Sozialrevolutionäre und Menschewiki, Au-stro-Marxisten wie Adler und Bauer) in ihr Traditionsbewußtsein aufnehmen. Ob künftig das eine oder andere ein größeres Gewicht erlangen wird, dürfte der Zukunft überlassen bleiben – es sollte jedenfalls keine Streitfrage von Sprengkraft sein. Evident ist aber auch hier, daß die PDS angesichts dieser Problemstellung die »KPD/SED-Tradition« nicht fortsetzen kann.

KPD und SED schrieben ihre politische Existenz von der russischen Oktoberrevolution, also »von 1917 her«. Es herrschte eine Selbsteinschätzung, wonach diese Parteien revolutionäre Avantgarde, sodann führende Staatspartei in einer »welthistorischen Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus« waren. Diese leninistische Epochendefinition hat sich vor den bisherigen Tatsachen der Geschichte nicht als wissenschaftliche Erkenntnis, sondern als Wunschvorstellung, teleologischer Glaubenssatz und Trugschluß erwiesen.

Die PDS muß sich von Irrtümern trennen, muß ein eigenes Verständnis ihres Platzes in der modernen Geschichte erarbeiten. Die Welt, in der sie oppositionell und alternativ wirken will, wurzelt nicht in den Entwicklungen von 1917. Die PDS existiert in einer bürgerlich-liberalistischen, zugleich kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die »von 1789 herkommt«. Genauer gesagt: Die frühmodernen Ursprünge von Staat und Gesellschaft liegen in den bürgerlichen Revolutionen und der Industriellen Revolution des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts.

Selbstverständlich erfolgte der Aufstieg des Kapitalismus, mit ihm des besitzenden Bürgertums, seit dem Anfang der Neuzeit. Doch eine Vielzahl des Erbes, das der PDS zur Tradition reichen kann, findet sich spätestens seit der Aufklärung. Sie nämlich berief sich auf rationale Einsichten in die Natur, wonach alle Menschen und Völker als ursprünglich gleich, aber auch gleich berechtigt gelten mußten. Die bürgerlichen Aufklärer formulierten als Ziel der Menschheit: nationale wie universale Verhältnisse, in denen »Freiheit« und »Gleichheit« für alle Individuen als »unveräußerliche Menschenrechte« garantiert, auch Freiheit und Souveränität der Völker vor Willkürakten – vor Aggressionen und Angriffskriegen – bewahrt sein sollten.

Die bürgerlichen Revolutionen Nordamerikas und Frankreichs haben solche Ideen als Menschen- und Bürgerrechte deklariert – aber nicht eingelöst. Kämpfende Volksklassen der Revolution von 1789 mußten erfahren, daß die Besitzenden den Menschenrechten der »Freiheit« und »Gleichheit« das Kardinalprinzip der »Freiheit des Eigentums« überstülpten. Das bedeutete in der kodifizierten Erneuerung von Staat und Gesellschaft bis zum heutigen Tag: Bevorzugung der Eigentümer des Bodens, des Kapitals, der größeren Produktionsmittel – und im Alltag der Revolution: Entfesselung des Spekulant- und Schiebertums, gesetzlich erlaubte und skrupellose Bereicherung der Reichen. Mit der polemischen Reflexion dieser Tatsachen begründeten sich bereits damals gegen den *besitzbürgerlichen Liberalismus* die weitertreibenden Alternativen: die Strömungen des *oppositionellen* und *revolutionären Demokratismus*. Sie waren die ersten, die »Volkswohlfahrt« und konsequente »Volksouveränität« auf ihre Fahnen schrieben.

So hat sich ein traditionsfähiges Erbe herausgebildet, das bei historisch-konkreter Betrachtung zu differenzieren, hier aber nur knapp zu skizzieren ist: *Humanisten* von bourgeois-kritischer Haltung wie Goethe und Heine, *revolutionäre Demokraten* wie die deutschen Jakobiner Georg Büchner und der nachlebende Citoyen Heinrich Mann, *Sozialreformer* wie Robert Owen und Saint-Simon, Proudhon

und Lassalle, *sozialrevolutionäre Sozialisten und Kommunisten* wie Jacques Roux und Babeuf, Blanqui und Weitling, Marx und Engels.

Durch den heutigen Begriff der »linkssozialistischen Partei« ange-regt, fasse ich nun vergrößernd auch die kapitalkritischen und anti-kapitalistischen Gestalten der Vergangenheit unter dem Begriff »links« und der »Linken« zusammen. Von ihrem Wirken in Zeiten der bürgerlichen Revolutionen hat Friedrich Engels am Ende des 19. Jahrhunderts geschrieben: »Damit selbst nur diejenigen Sieges-früchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hin-ausgeführt wurde [...]. *Es scheint dies in der Tat eins der Entwick-lungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.*«<sup>3</sup> Nehmen wir diese Erwägung als zutreffend an, so ist die Funktion bezeichnet, die von den jeweils zeitgenössischen »Linken« als Antipoden des bür-gerlichen Liberalismus in den Revolutionen erfüllt wurde. Sie erwies sich als nötig – aber tragisch zugleich. So hat auch Engels hinzuge-fügt: »Die Errungenschaften des *ersten* Sieges wurden erst sicherge-stellt durch den *zweiten* Sieg der *radikaleren Partei*; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, so *verschwanden die Ra-dikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.*«<sup>4</sup>

Es bleibt zu fragen, ob diese Erfahrung im übertragenen Sinne nicht auch für Sozialisten und Kommunisten des 20. Jahrhunderts gilt. Gewiß waren die »klassischen« bürgerlichen Revolutionen nicht wiederholbar. Seit der Erhebung des Pariser Proletariats im Juni 1848 und zumal seit der Pariser Kommune von 1871 wurden die bürgerlichen Revolutionen durch Bedürfnis und Kampf der ar-beitenden Klassen über die Interessen der Bourgeoisie hinausgetrie-ben: tendierend zu sozialistischen Lösungen. Doch es siegten und profitierten jene Schichten der Bourgeoisie, die den gegebenen Zeit-verhältnissen angemessen waren; sie allein festigten ihre politische und ökonomische Macht. – Nun denke man zu dieser von Engels kommentierten Tatsache eine historische Analogie: an Rußland, das am Beginn des Ersten Weltkrieges noch ein halbfeudales, absolu-tistisch regiertes Land gewesen, heute ein Land des raumgreifenden Kapitalismus geworden ist. Was könnte geschehen sein? Die bür-gerlich-demokratische Februarrevolution von 1917 eröffnete die Um-wälzung des Staats und der Gesellschaft, die aber erst durch den Oktoberaufstand und die frühe Sowjetregierung irreversibel wurde. Dabei trieben die Bolschewiki, die unter noch anderen »linken« Zeitgenossen die »äußerste Linke« waren, die Revolution über ihre bürgerlich-demokratischen Anfänge hinaus, indem sie sich selbst und die weitere Entwicklung als sozialistisch begriffen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion jedoch rückte zuletzt eine Bourgeoisie an die Macht, die ausgerechnet aus den staatsmonopolistischen Struk-turen des vermeintlichen Sozialismus hervorkam – insbesondere aus der Nomenklatura der alten Staatspartei und des Komsomol. Ge-messen an diesem Resultat wäre zu sagen: Durch ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und rigide Industrialisierung hat der praktizierte Sozialismus soziale, technologische, infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen, worüber die neue Bourgeoisie in Ruß-land und weiteren Ländern der ehemaligen Sowjetunion verfügt. Für alle, die die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« und die dar-

3 Friedrich Engels: Ein-leitung zur englischen Aus-gabe der »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« (1892), in: MEW, Bd. 22, S. 301 (Her-vorhebg. – HB).

4 Derselbe: Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« (1895), in: ebenda, S. 514 (Hervorhg. – HB).



aus entstandene Sowjetunion als ihr politisches Kredo auffaßten, muß das Ergebnis der insgesamt achtzigjährigen Umwälzung enttäuschend sein. Und doch scheint jetzt die unfassende Einsicht veranlaßt: Bei allen Mühen und Kämpfen gegen Ausbeutung und Krieg – setzt man den Terminus »Revolution« nicht für temporäre Versuche, sondern umfassend und streng welthistorisch, so bezeichnet er in der Geschichte der Neuzeit eine bislang ausschließlich bürgerliche, letzten Endes den Kapitalismus begünstigende Tatsache. Die Jahrhundertwende 2000 bietet der werktätigen Menschheit keine sozial gerechte Arbeits- und Lebenswelt, zudem keinen Frieden. Vielmehr grassieren die Ansprüche des Großkapitals auf europäische und mehr noch globalistische Weltherrschaft.

Ich fasse zusammen. Wir leben in einer gesellschaftspolitischen Ordnung, die von den bürgerlichen und industriellen Revolutionen kommt. Da bleibt festzustellen: »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!«, die 1793 vom »Klub der Cordeliers« für das französische Volk und gegen die besitzende Klasse verlangt wurden, sind noch heute nicht eingelöst. Wer aber in der Vergangenheit gelebt und gekämpft hat, damit »Liberté« und »Égalité« nicht bloß als formal, sondern sozial und real verstanden, damit »Fraternité« als Solidarität und Frieden der Individuen und der Völker verwirklicht werde, der muß aus der bourgeoisen Verdammnis und Vergessenheit befreit, muß durch unsere historische Bemühung um Erbe und Tradition erinnert und fortgesetzt werden.

Immer sind es die Lebenden, wodurch die Auferstehung der Toten erfolgt. Mit Heinrich Heine, dem Geistkämpfer für Menschenrechte, der die Zielsetzungen von 1789 keinesfalls erreicht sah, wäre zu sagen: »Nein, die Revolution ist noch eine und dieselbe, wir haben erst den Anfang gesehen, und viele von uns werden die Mitte nicht überleben.«<sup>5</sup>

5 Heinrich Heine: Lutezia. Berichte über Politik, Kunst und Volksleben. Erster Theil, XXI. Paris, 3. October 1840, in: Säkularausgabe. Werke, Briefwechsel, Lebenszeugnisse, hrsg. v. d. Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur (heute: Stiftung Weimarer Klassik) und dem Centre National de la Recherche Scientifique in Paris, Bd. 11, Berlin-Paris 1974, S. 76.